

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr.  
11.09.2007

### **Fundamentalisten auf Einladung der CDU im Hessischen Landtag**

"Es ist ein Skandal, dass die CDU-Fraktion für die Anhörung im Rechtsausschuss zum Gesetzentwurf der GRÜNEN zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften ein Institut eingeladen hat, das fundamentalistische homophobe Thesen vertritt", so die Frankfurter Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sarah Sorge.

Das Institut für Jugend und Gesellschaft und seine Leiterin Dr. Vonholdt biete nach eigener Auskunft seit 25 Jahren 'Therapien' an, mit denen Homosexuelle 'ihr heterosexuelles Potential entwickeln können'. Die These von der Homosexualität als behandelbare Krankheit ziehe sich wie ein roter Faden durch die Stellungnahmen dieses Instituts.

„Mit der Benennung von Dr. Vonholdt und ihrem Institut macht sich die gesamte CDU-Fraktion die These zu eigen, dass Homosexualität behandelbar und damit eine Krankheit sei. Solche Thesen wurden bisher nur CDU-Rechtsaußen Hans-Jürgen Irmer vertreten. Die Versuche der CDU sich als lesben- und schwulenfreundliche Partei zu präsentieren, werden damit ad absurdum geführt“, kritisiert Sarah Sorge.

"Sogar die Lesben und Schwulen in der Union (LSU), die den Gesetzentwurf der GRÜNEN befürworten, haben sich mehrfach von den ‚kruden Thesen‘ dieses obskuren Instituts distanziert. Offenbar ist der CDU-Fraktion an einer sachlichen Diskussion um den Gesetzentwurf der GRÜNEN nicht mehr gelegen", so Sarah Sorge weiter.

"Im Frankfurter Koalitionsvertrag von CDU und GRÜNEN heißt es: 'Wir stehen dafür ein, dass Frankfurt eine lesben- und schwulenfreundliche Stadt ist und Diskriminierung und Missachtung von Lesben und Schwulen oder Gewalt gegen sie nicht geduldet werden.' Ich frage meine Frankfurter CDU-Landtagskollegen und insbesondere meinen Mitbewerber um das Direktmandat im Frankfurter Süden, den hessischen CDU-Generalsekretär Michael Boddenberg, ob sie den Koalitionsvertrag ernst nehmen und für welche Gesellschaftspolitik sie einstehen", so Sarah Sorge abschließend.

Die Anhörung findet morgen um 11.00 Uhr in öffentlicher Sitzung des Rechtsausschusses im Kleinen Saal des Landtags statt.